

Überparteiliches Manifest zu den eidgenössischen Wahlen 1999: «Mehr Frauen ins Parlament!»

Die Fakten sind bekannt: Frauen sind im National- und Ständerat noch immer untervertreten. Obschon die Zahl der Kandidatinnen für diese und andere politische Ämter und Positionen in den letzten Jahren gestiegen ist, haben sie bis anhin – im Vergleich zu Kandidaten – schlechtere Chancen, gewählt zu werden. Diese Situation war für die Eidg. Kommission für Frauenfragen Anlass, im Vorfeld der Eidgenössischen Wahlen 1999 aktiv zu werden. Sie regte Anfang 1998 einen überparteilichen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Frauenverantwortlichen der Parteien an. Dabei zeigte sich, dass Politikerinnen aller Parteien ähnliche Erfahrungen machen und die Unterstützung von Kandidatinnen durch die Parteien zumeist noch ungenügend ist. Erstes konkretes Ergebnis dieser Gespräche war die Lancierung des überparteilichen Manifests «Mehr Frauen ins Parlament!», das wir im Folgenden abdrucken. Die Frauen aller beteiligten Parteien fordern darin, dass zwölf Massnahmen, die bisher nicht oder zu wenig konsequent umgesetzt worden sind, von den Parteien konkret an die Hand genommen werden.

Wortlaut des Manifests vom 25. Mai 1998

Ausgangslage

- **Von einer geschlechterdemokratischen Gesellschaft sind wir noch weit entfernt.**

Frauen stellen mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Dennoch sind sie in politischen Ämtern und Gremien in aller Regel sehr stark untervertreten. Dies trifft auch für das Eidgenössische Parlament zu. Nach den letzten eidgenössischen Wahlen sind von 200 Sitzen im Nationalrat nur gerade 43 Sitze (= 21.5 Prozent) von Frauen besetzt. Im Ständerat liegt der Frauenanteil noch tiefer: Nur 8 von 46 Sitzen sind von Frauen belegt (= 17.4 Prozent). Noch immer delegieren fast die Hälfte der Kantone überhaupt keine Frau nach Bern.

Für die geringe Partizipation von Frauen in der Politik gibt es eine Reihe von Gründen. Die Institutionen der parlamentarischen Demokratie sind vor 150 Jahren unter Ausschluss der Frauen entstanden. In der Schweiz ist es den Frauen erst seit 27 Jahren, das heisst seit der Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen im Jahr 1971, überhaupt möglich, auf schweizerischer Ebene in politischen Sachfragen mit zu bestimmen, Personen in politische Gremien zu wählen oder selbst in ein solches Gremium gewählt zu werden.

Frauen in der Politik stossen auf andere gesellschaftliche Rahmenbedingungen als Männer. Trotz der gleichen rechtlichen Voraussetzungen sind die faktischen Möglichkeiten zur Übernahme von politischen Mandaten und Ämtern für Frauen und Männer anders. Dazu gehört beispielsweise die Mehrfachbelastung der Frauen. Neben einem immer grösseren Einsatz im Erwerbsleben sind sie es, welche nach wie vor fast ausschliesslich für Hausarbeit und Kinderbetreuung zuständig sind. Traditionelle Rollenbilder und -zuweisungen haben Männer und Frauen geprägt. Sie erschweren den Frauen den Zugang zu politischen Ämtern und Positionen. Frauen, die kandidieren,

haben in der Regel geringere finanzielle Ressourcen zur Verfügung als kandidierende Männer.

Die Zahl der Kandidatinnen für politische Ämter und Positionen ist in den letzten Jahren – trotz der besonders schwierigen Ausgangslage für Frauen, wenn sie in die Politik einsteigen wollen – kontinuierlich gestiegen. Die Wahlchancen der Männer sind aber immer noch wesentlich grösser. So hatten bei den Nationalratswahlen 1995 die Männer in der Deutschschweiz 1½mal grössere Wahlchancen als die Frauen, in der Romandie waren die Wahlchancen der Männer gar fast 3½mal grösser. Da im Tessin 1995 keine Frau gewählt wurde, gibt es für den italienischsprachigen Kanton auch keine Wahlquote der Frauen.

Ausführliche Analysen finden sich in verschiedenen Publikationen der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen.

Zielsetzung

- **Die Zielsetzung für die eidgenössischen Wahlen 1999 ist klar: Der Anteil von Frauen im National- und im Ständerat muss in allen Parteien erhöht werden.**

Die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen in der Politik ist nicht nur eine Grundfrage der Gerechtigkeit, sondern auch der demokratischen Staatsform. Mit der Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen 1971 wurde die formale Gleichberechtigung realisiert. Zur Herstellung von echter Chancengleichheit und der Umsetzung der tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter braucht es aber weitere Schritte.

Hindernisse auf dem Weg zum Ziel

Der Informationsaustausch unter Politikerinnen zeigt, dass Politikerinnen aller Parteien ähnliche Erfahrungen machen. Dazu gehören:

- Die Unterstützung von Kandidatinnen durch die Partei vor, während und nach dem Wahlkampf ist noch mangelhaft.
- Das Anforderungsprofil an Kandidierende entspricht einer typischen Männerbiographie. Die Erfahrungen und Kompetenzen, die sich Frauen erworben haben, werden nicht berücksichtigt oder unterbewertet.
- Politikerinnen sind dem Widerspruch ausgesetzt, entweder als schwach und inkompetent, oder als durchsetzungsfähig und damit als «unweiblich» zu gelten.
- Viele Kandidatinnen sind in der Öffentlichkeit zu wenig bekannt, da die Parteien den Frauen zu wenig Möglichkeiten zur Profilierung bieten.
- Der Umgang mit den Medien ist für Politikerinnen oftmals schwieriger als für Politiker. Die Mehrheit der Medienschaffenden sind Männer und die Auswahl der als relevant definierten Themen erfolgt weitgehend aufgrund einer „männlichen“ Optik. Auch in den Medien besteht ein Ungleichgewicht hinsichtlich der Verteilung von Macht- und Entscheidungspositionen zwischen Männern und Frauen.
- Die individuelle Bewältigung von Diskriminierungserfahrungen zehrt am Energiereservoir der Politikerinnen. Die hier vergeudeteten Energien lassen sich positiver nutzen.

Es ist an der Zeit, diese Erfahrungen in allen Parteien ernst zu nehmen und nach (neuen) Wegen zu suchen, damit Frauen und Männer gleichberechtigt Politik und Gesellschaft gestalten können.

Massnahmen der Parteien

- **Die Parteien sind dafür verantwortlich, dass ihre Kandidatinnen echte Chancen haben. Den Parteien kommt eine Schlüsselrolle bei der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Politik zu.**

Die Parteien, bei nationalen Wahlen vor allem die Kantonalparteien, spielen bei der Gleichstellung der Frauen in der Politik eine zentrale Rolle. Sie können auf Frauen und Männer dreifach Einfluss nehmen: ihre Kandidatinnen aufstellen und sie unterstützen, ihre Mitglieder mobilisieren, ihre Wähler und Wählerinnen überzeugen.

Aufgrund der von den Parteifrauen gemachten konkreten Erfahrungen kristallisieren sich einige besonders wichtige Massnahmen heraus, die in den Parteien bisher noch nicht oder zu wenig konsequent umgesetzt worden sind:

1. Die Parteispitze muss klar signalisieren, dass sie eine paritätische Vertretung von Frauen und Männern auf allen Ebenen nicht nur wünscht, sondern auch konsequent realisiert. Das erfordert weitere Massnahmen und Anstrengungen.
2. Eine Quote, d.h. die Festlegung eines bestimmten Anteils, sichert beiden Geschlechtern eine prozentuale Mindestvertretung in den Parteigremien. Ihre Einhaltung muss regelmässig kontrolliert und ihre Nichteinhaltung sanktioniert werden.
3. Spezifische Frauenstrukturen und Frauenbeauftragte in den Parteien sind unabdingbar. Ihnen kommt aber nur dann mehr als eine Alibifunktion zu, wenn sich alle Parteistrukturen und Gremien kontinuierlich und ernsthaft mit der Gleichstellung befassen und mit den Frauenstrukturen zusammenarbeiten.
4. Bei allen Parteianlässen und -aktivitäten müssen Frauen mindestens so oft zum Zug kommen wie Männer. Insbesondere sollen auch zu allen Sachthemen Referentinnen sprechen.
5. Den Medien kommt eine zentrale Rolle zu. Daher müssen die Kandidatinnen bei allen Medienereignissen, die sich auf die Wahlen beziehen, präsent sein. Für ihren Medienauftritt sind sie rechtzeitig und gut vorzubereiten. Mindestens die Hälfte der Parteileute, die gegenüber Medien auftreten, müssen Frauen sein. Diese Signale sind sowohl parteiintern wie in der Öffentlichkeit wichtig.
6. Kandidatinnen müssen für die Wahlen frühzeitig aufgebaut und bekannt gemacht werden. Sie müssen sich ausreichend profilieren können. Es reicht nicht, noch kurz vor der Aufstellung einer Liste nach geeigneten Frauen Ausschau zu halten.
7. Die Zahl der weiblichen Kandidaturen auf aussichtsreichen Listenplätzen muss deutlich zunehmen. Kandidatinnen brauchen Spitzenplätze auf den Nationalrats-Listen, um eine tatsächliche Wahlchance zu haben. Da für die Wahl in den Ständerat die Nomination die entscheidende Hürde darstellt, sind gezielt Kandidatinnen zu nominieren.

8. Die kandidierenden Frauen müssen im Wahlkampf von ihrer Partei konsequent sowohl ideell, personell als auch finanziell unterstützt werden. Wer sich exponiert, darf nicht allein gelassen werden.
9. Um den Männerüberhang abzubauen, sind Zurücktretende konsequent durch Frauen zu ersetzen. Voraussetzung dafür ist eine transparente Personalpolitik. Die personelle Rotation kann durch Amtszeitbeschränkungen beschleunigt werden. Durch vorzeitige Rücktritte von Männern sollen Frauen auf dem ersten Ersatzplatz in den Nationalrat nachrutschen können. Bisherige haben in einem Wahlkampf wesentlich grössere Chancen als Neukandidierende, von den Wählerinnen und Wählern gewählt zu werden.
10. Bildungsveranstaltungen sind für Neueinsteigerinnen in der Partei und für potentielle Kandidatinnen, aber auch für erfahrene Politikerinnen anzubieten. Neben der Vermittlung von Fachwissen braucht es Trainingsangebote zur Aneignung von strategischen Kompetenzen. Qualifizierungsangebote für die Politik sollen auf die für Frauen widersprüchlichen Anforderungen vorbereiten und Umgangsweisen und Gegenstrategien entwickeln.
11. Auch die Männer in den Parteien brauchen Weiterbildung. Im Vordergrund stehen dabei Bildungsveranstaltungen zum Thema Gleichstellung der Geschlechter. Solche Kurse sollten umfassen: Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen über die Situation von Frauen und Männern in der Gesellschaft, Informationen über die Zielsetzungen der Gleichstellungspolitik und Auseinandersetzung mit der Rolle der Männer bzw. die eigene Rolle des Teilnehmers in diesem Prozess.
12. Ein kontinuierlicher parteiübergreifender Informations- und Erfahrungsaustausch unterstützt und fördert die Gleichstellungsbemühungen in allen Parteien. Zwar muss jede Partei ihre eigenen Schwerpunkte zur Verbesserung der Situation der Frauen in der Politik setzen. Eine bessere Kooperation zwischen den Parteien, welche die unterschiedliche Ausgangslage einbezieht, kann jedoch wichtige Hinweise auf mögliche Lösungswege geben. So könnten beispielsweise (Weiter-)Bildungsveranstaltungen parteiübergreifend konzipiert und angeboten werden.

Der Leitfaden «Frauen ins Parlament» der Eidg. Kommission für Frauenfragen enthält detaillierte Empfehlungen an die Parteien zur Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter in der Politik (S. 18-29).

Dieses überparteiliche Manifest wurde lanciert von der Eidg. Kommission für Frauenfragen und wird getragen von:

FDP Frauen Schweiz, FDP Ressort Frauen und Gleichstellung

CVP Frauen Schweiz, CVP-Gleichstellungskommission

Sozialdemokratische Frauen der Schweiz

SVP Frauen Schweiz

Frauenkommission der EVP Schweiz

Grüne Frauen Schweiz